

Staatskanzlei
Information

Rathaus / Barfässergerasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
Telefax 032 627 21 26
kanzlei@sk.so.ch
www.so.ch

Medienmitteilung**Regierung präsentiert Massnahmenplan von 155 Mio. Franken**

Solothurn, 21. Oktober 2013 – Der Regierungsrat hat heute einen Massnahmenplan zur Bekämpfung des strukturellen Defizits im Umfang von rund 155 Mio. Franken vorgelegt. Damit soll der Staatshaushalt bis ins Jahr 2017 wieder ausgeglichen werden. Der Bericht und die einzelnen Massnahmen werden an drei Sitzungen im November an einem „Runden Tisch“ mit den betroffenen Kreisen und den Fraktionen diskutiert und bereinigt und dann dem Parlament zum Entscheid vorgelegt. Der Kantonsrat wird sich im ersten Quartal 2014 damit befassen.

Die strukturelle Verschlechterung der Finanzlage seit 2012 findet in den Planjahren 2013 und 2014 ihre Fortsetzung. Im Entwurf zum Voranschlag 2014 beträgt das operative Defizit 122,9 Mio. Fr. und der Finanzierungsfehlbetrag 186,5 Mio. Fr. Die Investitionen können nicht mehr aus den erarbeiteten Mitteln (Cash flow), sondern müssen über eine Neuverschuldung finanziert werden. Wie bereits im Jahr 2012 und voraussichtlich im 2013 droht nun auch die Rechnung 2014 mit einem Cash drain abzuschliessen, was bedeutet, dass die laufenden Ausgaben nicht aus den laufenden Erträgen finanziert werden können.

Der Regierungsrat verabschiedete am 8. Mai 2012 den „Massnahmenplan 2013“. Der Kantonsrat beschloss allerdings lediglich Massnahmen von maximal 30 Mio. Fr. anstatt der vorgeschlagenen 100 Mio. Fr.. Gleichzeitig beauftragte er aber die Regierung, ein erweitertes Massnahmenpaket vorzulegen mit der Auflage

„insbesondere interne Prozessoptimierungen in den einzelnen Ämtern wie auch externe Leistungs- und Beratungsmandate“ zu prüfen. Überdies dürfe auch „ein Aufgabenverzicht kein Tabu sein“.

Am 12. März 2013 hat der Regierungsrat das weitere Vorgehen und die Organisation zum Massnahmenplan 2014 beschlossen. Darin wurden das übergeordnete „Arbeitspaket Gesamtstaatliche Aufgaben/Leistungsüberprüfung und Prozessoptimierung“ mit Unterstützung eines externen Beraters definiert. Dazu kamen weitere fünf Themengebiete (Bildung, Soziales/Gesundheit, Investitionsvolumen, Steuern/Abgaben/Gebühren und optimierte Verbundaufgaben).

Aufgrund der finanziellen Ausgangslage und zur Erhaltung eines finanziellen Handlungsspielraumes sollten durch die Verwaltung zeitgleich mit dem Budgetprozess 2014 Massnahmen mit folgender Zielsetzung entwickelt werden: Erarbeitung eines Massnahmenpaketes mit einem Optimierungspotential von gesamthaft 150 Mio. Fr., welches schrittweise wirksam wird ab dem Jahr 2014 (RRB NR. 2013/440).

Der nun vorliegende, vom Regierungsrat heute verabschiedete Massnahmenplan 2014 zeigt Massnahmen im Umfang der Zielsetzungen auf, verteilt auf folgende Organisationseinheiten:

Departemente	2014	2015	2016	2017	Folgejahre
Regierungsrat, RR	0	18'000	21'200	24'400	24'600
Bildung und Kultur, DBK	4'138	14'483	26'990	29'285	29'530
Inneres, Ddi	6'525	27'728	39'698	43'526	46'518
Bau und Justiz, BJD	2'852	12'566	15'766	20'766	20'766
Finanzen, FD	1'400	20'900	26'900	26'900	26'900
Volkswirtschaft, VWD	138	3'478	4'028	6'481	6'972
Behörden, BEH	10	160	180	400	430
Gesamtergebnis	15'063	97'315	134'762	151'758	155'716

Die übergeordneten Massnahmen, welche alle Departemente betreffen (Steuern, Löhne), wurden unter dem Begriff des Regierungsrates (RR) subsummiert.

Der Bericht und die vorgeschlagenen Massnahmen werden nun an drei Sitzungen im November an einem „Runden Tisch“ mit den betroffenen Kreisen und den Fraktionen diskutiert und bereinigt.

Massnahmen in der Kompetenz des Regierungsrates werden bei genügender Akzeptanz durch den „Runden Tisch“ sofort umgesetzt. Über diejenigen Massnahmen in der Kompetenz des Kantonsrates wird das Parlament im ersten Quartal 2014 entscheiden.